

Geld- und Kreditexpansion gegenwärtig kein Inflationssignal	429
Modellprogramm zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen — positive Erfahrungen mit der beruflichen Wiedereingliederung	437

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 36/92

Berlin

3. September 1992

59. Jahrgang

2. Ex.

Geld- und Kreditexpansion gegenwärtig kein Inflationssignal

Ende Juli, zwei Wochen nach der letzten Diskonterhöhung, hat das DIW die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank als verfehlt bezeichnet¹. Nicht Straffung, sondern rasche Lockerung der geldpolitischen Zügel seien angezeigt. Von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und vom Arbeitsmarkt gehe ohnehin eine Tendenz zur Eindämmung des Kosten- und Preisauftriebs aus. Zugleich werde die Gefahr größer, daß die rezessive Tendenz in Westdeutschland und die Krise in Ostdeutschland verschärft würden und ein Aufschwung der Weltwirtschaft, der auch für den Aufholprozeß in Osteuropa notwendig ist, nicht in Gang komme. Diese Befürchtung wird durch die jüngsten Konjunkturindikatoren verstärkt. Die damalige Kritik am geldpolitischen Kurs der Bundesbank war breit angelegt, so daß sie nicht in jeder Hinsicht vertieft werden konnte. Deshalb sollen hier einige Argumente, die von der Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht verteidigt werden, überprüft werden.

Geldtheoretische Thesen der Bundesbank

Das DIW registriert eine rezessive Tendenz, der mit einer „leichteren“ Geldpolitik zu begegnen sei. Die Bundesbank dagegen diagnostiziert nur eine — nach dem einigungsbedingten Boom erwünschte — Normalisierung der Kapazitätsauslastung in Westdeutschland, die deshalb noch keine geldpolitische Entwarnung rechtfertige, weil der Kosten- und Preisauftrieb von der monetären Seite immer neue Nahrung erhalte.

So führt die Bundesbank, besonders ausführlich im Monatsbericht August 1992, Argumente ins Feld, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Die Geldmenge M3, d.h. die Geldmenge M1 zuzüglich der Termingelder mit einer Befristung bis zu unter vier Jahren und der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, wachse auch im bisherigen Verlauf des Jahres zu stark. Sie expandiere mit Jahresraten von 8 bis 9 vH und bewege sich ständig über dem Geldmengenziel von 3,5 vH bis 5,5 vH. Eine „Geldmengenausweitung, die anhaltend über das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft hinausgeht, (würde) die Realisierung schon angelegter

inflationärer Tendenzen erleichtern und zusätzliche Stabilitätsrisiken schaffen“ (August 1992, S. 19).

- „Wesentliche Ursache“ für die Geldvermehrung sei bei einer vergleichsweise schwachen Geldkapitalbildung die Kreditexpansion bei den Banken, wobei „Hauptantriebskraft“ die Expansion der Bankkredite an die Unternehmen und Privatpersonen sei (Juni 1992, S. 10, und August 1992, S. 17 u. 23). Ein großer Teil der Bankkredite an ostdeutsche Unternehmen sei direkt und indirekt „zinsverbilligt“. Dies führe nicht nur zu Fehlallokationen von Arbeit und Kapital, sondern beeinträchtige und verzögere auch die globalen Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen (August 1992, S. 16/17). Damit die gleiche Wirkung wie ohne diese Subventionierung erzielt werde, müßten die Zinsen höher sein (August 1992, S. 29).
- Zum Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft sei zwar eine verstärkte Ausweitung der Kredite notwendig; damit aber auf Dauer Gefahren für die Preisstabilität vermieden würden, müßte sich die Kreditausweitung im

¹ Vgl. Verfehlt Geldpolitik. Bearb.: Heiner Flassbeck. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31-32/92.

Rahmen der „inländischen Ersparnis“ halten (Pressekonferenz nach der Zentralbankratssitzung der Deutschen Bundesbank am 16. Juli 1992) oder sich „im Rahmen des Potentials der längerfristigen Ersparnisbildung bewegen“ (August 1992, S. 17).

- Neben der statistisch erfaßten gebe es eine potentielle Geldkapitalbildung in Form des vorübergehenden Parkens von Geldern auf den — zur Geldmenge M_3 zählenden — relativ hochverzinslichen Terminkonten. Dieser Anteil schlage aber nicht wesentlich zu Buche, denn die Bildung der Termineinlagen gehe überwiegend zu Lasten der niedrig verzinslichen Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und der unverzinslichen Sichteinlagen, so daß es sich hierbei überwiegend um eine „geldmengenneutrale“ Umschichtung innerhalb der Geldmenge M_3 handele. (Juni 1992, S. 13 und August 1992, S. 18).

Besonders interpretationsbedürftig ist die These der Bundesbank, die Kreditgewährung müsse zur Vermeidung von Inflation im Rahmen der inländischen Ersparnis gehalten werden. In der Wirtschaftstheorie wird dann von einem Anstoß zu einem expansiven Prozeß gesprochen, wenn die geplanten Investitionen die geplanten Ersparnisse übertreffen, wobei es ex post betrachtet auf erhöhtem Investitions- und Einkommensniveau stets zu einer Gleichheit von (zum Teil mit zusätzlichen Krediten vorfinanzierten) Investitionen und — über erhöhte Einkommen ermöglichten — Ersparnissen kommt². Diese Ungleichheit der geplanten Größen allein muß nicht in Inflation münden. Erst wenn die Gesamtnachfrage (Investitionen, Verbrauch und Ausfuhr) das bei zunächst stabilen Preisen vorliegende Angebot aus inländischer und ausländischer Produktion nachhaltig übertrifft, werden inflatorische Prozesse angestoßen. Doch die Bundesbank spricht nicht von einem unerwünschten Überschuß der Investitionsnachfrage, sondern von einem unerwünschten Überschuß der Kreditgewährung über die Ersparnis. Diese These wird von der Bundesbank wohl revidiert werden müssen, denn sie hat Implikationen, die von ihr sicherlich nicht beabsichtigt waren.

Muß die Kreditgewährung im Rahmen der Ersparnis bleiben?

Die These, die Bankkreditexpansion, namentlich die Ausweitung der Bankdarlehen an Unternehmen, müsse gedämpft und die Kreditgewährung müsse sich im Rahmen der inländischen Ersparnis halten, kann mit mehreren Argumenten widerlegt werden. Ein Einwand ist, daß die ungebrochen starke Kreditexpansion keine nachhaltige Überforderung des gesamtdeutschen Produktionspotentials, sondern vielmehr eine seit einem Jahr andauernde Abschwächung der westdeutschen Konjunktur und anhaltende Anpassungsschwierigkeiten in der ostdeutschen Wirtschaft widerspiegelt. Die westdeutschen Unternehmen müssen sich überwiegend deshalb zusätzlich ver-

schulden, weil — bei langsamer zunehmenden Nettoinvestitionen — ihre eigenen Mittel aus unverteilter Gewinnen und Vermögensübertragungen fühlbar schrumpfen. In Ostdeutschland benötigen die Unternehmen Kredite nicht nur zur Finanzierung steigender Nettoinvestitionen, sondern auch zur Überbrückung von Verlusten (vgl. Tabelle „Gesamtwirtschaftliche Finanzierungssalden“). Im zweiten Halbjahr 1991 und im ersten Halbjahr 1992 zusammengekommen übertrafen die Nettoinvestitionen in Deutschland mit 263 Mrd. DM die Investitionen in der gleichen Vorjahreszeit (219 Mrd. DM) um 44 Mrd. DM. Gleichzeitig verringerten sich die Eigenmittel von 129 Mrd. DM auf 68 Mrd. DM, also um 61 Mrd. DM. Das Finanzierungsdefizit der deutschen Unternehmen, d.h. der Überschuß ihrer Kreditaufnahme über ihre Guthabenbildung, nahm mithin von 90 Mrd. DM auf 195 Mrd. DM, also um 105 Mrd. DM zu.

Die Tabelle (Abschnitt „Finanzierungssalden in Deutschland, insgesamt“) liefert auch Argumente gegen die These, zur Vermeidung von Inflation müsse die Kreditgewährung in den Rahmen der inländischen Ersparnis geführt werden. Mit dieser Ersparnis kann sinnvollerweise nur der Finanzierungsüberschuß der privaten Haushalte gemeint sein; denn dieser Einnahmeüberschuß ist die Quelle, aus der mit Direktdarlehen sowie über die Finanzierungsinstitute und die Wertpapiermärkte die Finanzierungsdefizite (Einnahmedefizite) des Staates und der Unternehmen gedeckt werden³. In Westdeutschland waren diese Finanzierungsüberschüsse meist — von 1985 bis 1990 sogar exzessiv — größer als die Finanzierungsdefizite von Staat und Unternehmen zusammengekommen. Mithin hatte Westdeutschland überwiegend Einnahmen- oder Finanzierungsüberschüsse (=Leistungsbilanzüberschüsse) gegenüber dem Ausland.

Von 1991 an indes übertrafen die Finanzierungsdefizite von Staat und Unternehmen die Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte, so daß Deutschland Finanzierungsdefizite (Leistungsbilanzdefizite) gegenüber dem Ausland erzielte.

Die Forderung der Bundesbank, die Kredite in Übereinstimmung mit der inländischen Ersparnis zu bringen, liefe demnach auf die Empfehlung hinaus, auf Leistungsbilanzdefizite zu verzichten und auch nicht mehr — wie jahrzehntelang — Leistungsbilanzüberschüsse hinzunehmen. Tatsächlich jedoch kann eine ausgeglichene Leistungsbilanz für Deutschland ebensowenig ein sinnvolles Ziel sein wie der Ausgleich der Leistungsbilanz einer Region, etwa

² Vgl. den in Anmerkung 1 genannten Wochenbericht des DIW, S. 388.

³ Häufig wird die inländische oder gesamtwirtschaftliche Ersparnis breiter definiert, vor allem unter Einschluß der Ersparnis der Unternehmen, also der unverteilter Gewinne, oder auch der Netto-Vermögensübertragungen. Diese Ersparnis kann deswegen von der Bundesbank nicht als Rahmen für die Kreditgewährung gemeint sein, weil mit diesen Eigenmitteln der Kreditbedarf vermindert wird.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungssalden
in Mrd. DM

	1990 II. HJ.	1991		1992 I. HJ.
		I. HJ.	II. HJ.	
Unternehmen in Ostdeutschland				
Eigenmittel ¹⁾	—1	—4	—19	—3
./. Nettoinvestitionen	4	19	19	28
= Finanzierungssaldo	—5	—23	—38	—31
Unternehmen in Westdeutschland				
Eigenmittel ¹⁾	68	66	53	37
./. Nettoinvestitionen	91	105	103	113
= Finanzierungssaldo	—23	—39	—50	—76
Unternehmen in Deutschland, insgesamt				
Eigenmittel ¹⁾	67	62	34	34
./. Nettoinvestitionen	95	124	122	141
= Finanzierungssaldo	—28	—62	—88	—107
Finanzierungssalden in Deutschland, insgesamt				
Private Haushalte	+91	+96	+104	+113
Staat	—39	—58	—36	—32
Unternehmen	—28	—62	—88	—107
= Finanzierungssaldo gegenüber dem Ausland	+24	—24	—20	—26
Zum Vergleich: Zunahme der Aktiva und Passiva des deutschen Bankensystems				
Kredite an				
Unternehmen und Privatpersonen	113	105	154	122
Öffentliche Stellen	40	11	17	12
Kredite, zusammen	153	116	171	134
Netto-Auslandsaktiva	33	—40	33	—46
Sonstige Positionen	—10	—21	—8	—18
Insgesamt	176	55	196	70
Geldkapital	78	85	70	73
Geldmenge M ₃ ²⁾	98	—30	126	—3
Insgesamt	176	55	196	70
¹⁾ Ohne Abschreibungen. — ²⁾ Inländische Nichtbanken: Bargeld und Sichteinlagen (M ₁) sowie Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. <i>Quellen:</i> Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht für August 1992.				

eines Bundeslandes oder einer Stadt. Im Gegenteil: Gegenwärtig, da die ostdeutsche Wirtschaft aufgebaut werden muß, sind Leistungsbilanzdefizite und damit verbundene marktmäßige Nettokapitalimporte dringender denn je.

Gewiß könnte der Versuch, über eine geldpolitisch herbeigeführte Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage den Preisauftrieb einzudämmen, erfolgreich sein.

Ob dabei aber die Kreditexpansion — ein wichtiger Indikator für die Bundesbank — tatsächlich schon bald merklich gebremst werden kann, ist durchaus fraglich. Denn die geldpolitisch bedingte Kürzung von Investitionen führt bei den Investitionsgüterproduzenten, den dort Beschäftigten und beim Staat (Steuerausfälle) zu Mindereinnahmen. Deshalb entsteht zunächst ein (unfreiwilliger) Mehrbedarf an Krediten, der die Mindernachfrage der Investoren nach Krediten zumindest teilweise kompensiert. Hinzu mag

kommen, daß mit der Dämpfung der verfügbaren Einkommen, vor allem der Entnahmen der Selbständigen, die Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte und damit der „Rahmen für die Kreditexpansion“ gedrückt werden. Weit wesentlicher als dies sind aber die „realen“ Konsequenzen: Eine derart restriktive Politik untergräbt die Basis für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft, nämlich die Investitionen, den Kapitalimport, das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft und — über eine Verminderung der deutschen Einfuhren und die Anpassung an das höhere deutsche Zinsniveau — das Wachstum der Wirtschaft im Ausland.

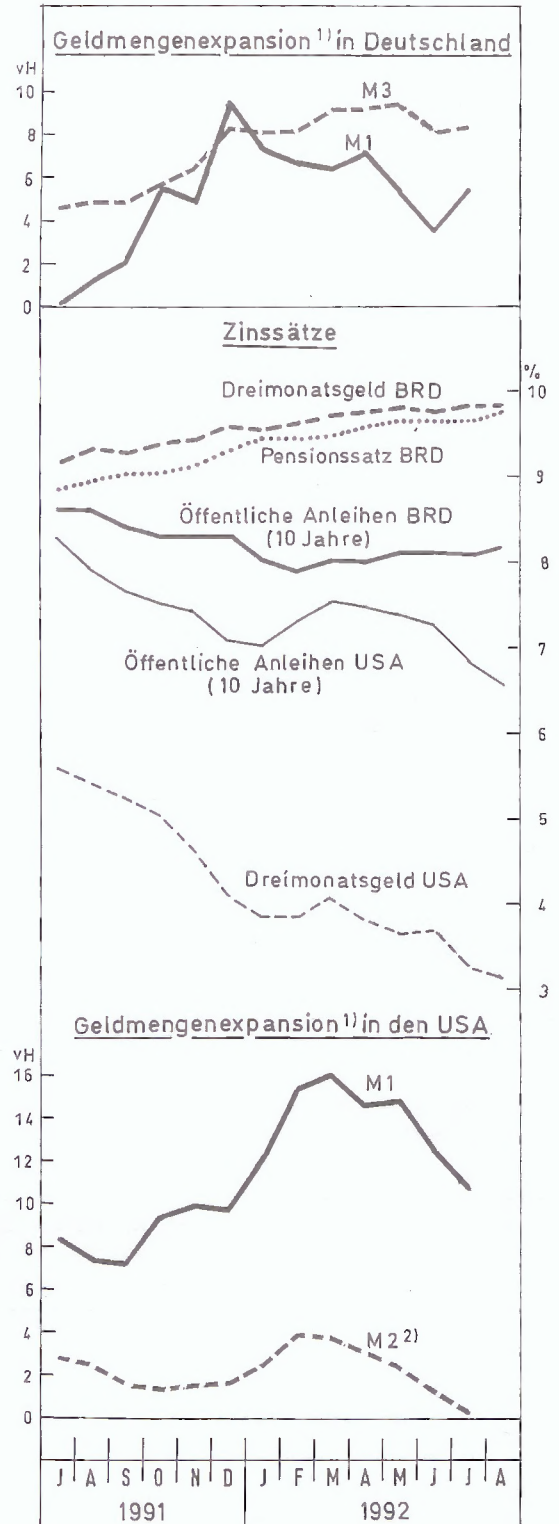
Auch die Bundesbank konstatiert, daß „die Finanzierung der privaten Investitionen, des Wohnungsbaus und der Infrastruktur in den neuen Bundesländern (zweifelloso) eine verstärkte Ausweitung der Kredite (erfordert)“ (August 1992, S. 17). Sie warnt aber vor zweierlei: Erstens fördere eine Dauersubventionierung von Investitionen und Investitionskrediten eine Fehlallokation der Produktionsfaktoren. Zweitens sei wegen der Subventionen ein großer Teil der Kreditnachfrage zinsunelastisch, so daß die Zinsen höher sein müßten als ohne die Subventionen, damit derselbe geldpolitische Bremseffekt erzielt werde wie ohne diese Subventionierung. Die Warnung vor einer Dauersubventionierung von Kapital ist zweifellos ernst zu nehmen. Richtig ist aber auch, daß bei einer potentialorientierten Geldmengengenpolitik die zinsunempfindlichen staatlichen und privaten Kreditnehmer vordringen und die übrigen Kreditnehmer über höhere Marktzinsen „verdrängen“ können. Falsch wäre es hingegen, wenn die Bundesbank die subventionierte ostdeutsche Kreditnachfrage zum Anlaß nähme, einen vom Markt ausgehenden Zinsanstieg durch zusätzliche restriktive Maßnahmen zu verstärken. Ob sie dazu neigt, gibt die Bundesbank nicht explizit zu erkennen; zu denken gibt aber, daß sie fordert, die Kreditausweitung müsse sich „im Rahmen des Potentials der längerfristigen Ersparnisbildung bewegen, wenn auf Dauer Gefahren für die Preisstabilität vermieden werden sollen.“ (August 1992, S. 17). Dies kann nur bedeuten, daß nach Auffassung der Bundesbank derzeit keine potentialorientierte, sondern eine darüber hinausgehende, zu expansive Geldpolitik betrieben wird, so daß eine anhaltend straffe Geldpolitik unabweichlich sei.

Wirkt die Expansion der Geldmenge M_3 inflatorisch?

In der Tat übertrifft die Geldmenge M_3 den Zielkorridor, der am von der Bundesbank geschätzten Wachstum des Produktionspotentials ausgerichtet ist, beträchtlich. Damit werde, so die Bundesbank, ein monetäres Potential geschaffen, mit dem man Gefahr laufe, daß es zur Finanzierung inflatorisch wirkender Ausgaben genutzt werde. Zur Beschreibung der „Ursachen“ der Geldschöpfung bedient sich die Bundesbank der monetären Gesamtrechnung, deren wichtigste Ergebnisse in der Tabelle im Abschnitt „Zunahme der Aktiva und Passiva des deutschen Banken-

Abb. 1

GELDMENGE UND ZINSEN IN DEUTSCHLAND UND DEN USA



1) Veränderung der saisonbereinigten Werte in den jeweils letzten sechs Monaten, auf Jahresrate umgerechnet. — 2) M1 zuzüglich im wesentlichen: Geldmarktanlagen, Spareinlagen und kleine Termineinlagen.

systems" wiedergegeben werden. In der viertletzten Zeile wird die Schaffung von Geld aufgrund der Kreditgewährung, der Änderung der Netto-Auslandsaktiva und anderer Transaktionen des Bankensystems dargestellt. Sie erhöhte sich von 231 Mrd. DM (Mitte 1990 bis Mitte 1991) auf 266 Mrd. DM (Mitte 1991 bis Mitte 1992). Gleichzeitig verminderte sich die Geldkapitalbildung von 163 Mrd. DM auf 143 Mrd. DM (drittletzte Zeile). Mithin verstärkte sich das Wachstum der Geldmenge M_3 von 68 Mrd. DM auf 123 Mrd. DM (vorletzte Zeile).

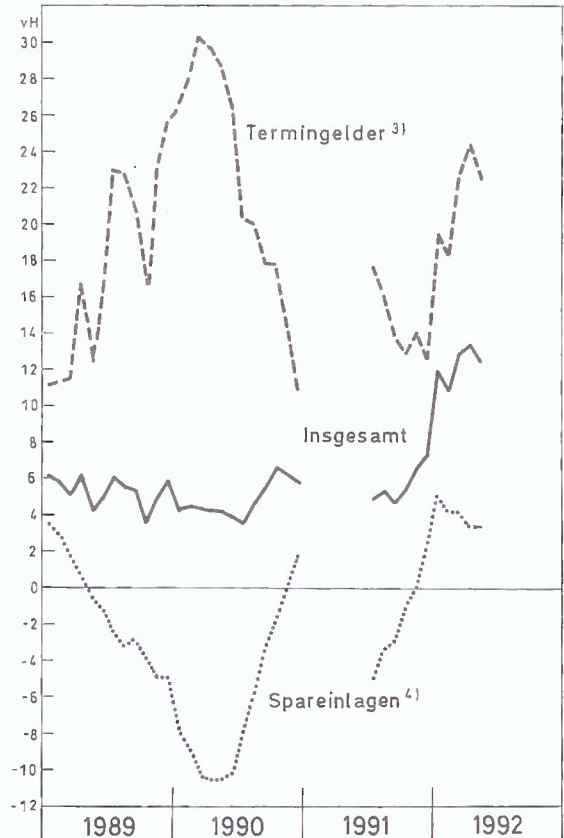
Damit scheinen die Ansatzpunkte für eine Dämpfung der Geldmengenexpansion klar zu sein: Die Bundesbank muß für die Erhöhung der Zinssätze für Kredite und für Geldkapital sorgen, damit die Kreditexpansion gedrosselt und die Geldkapitalbildung angeregt wird. Dieses plausible Rezept erweist sich aber, auf die Geldmenge M_3 bezogen, derzeit als untauglich. Aus den genannten Gründen — Zinsverbilligung und Verluste in der ostdeutschen Wirtschaft, konjunkturbedingt sinkende Eigenmittel der westdeutschen Unternehmen — bleibt die Kreditexpansion ungebrochen.

Auf die Geldkapitalbildung hat eine Erhöhung der Leitzinsen, vor allem der Pensionssätze, und damit der Geldmarktsätze sowie der Zinsen für kurzfristige Termingelder sogar eine „perverse“ Wirkung. Denn je niedriger im Vergleich zu den kurzfristigen Zinsen die Zinsen für langfristiges Geldkapital sind, desto mehr potentiell Geldkapital wird vorübergehend auf Terminkonten geparkt. Diese Tendenz wird dann gemildert, wenn die Anleger mit sinkenden Zinsen (Kursgewinnen) auf dem Anleihemarkt rechnen; so hat sich im zweiten Halbjahr 1991, als die Anleihezinsen fühlbar zurückgingen, die Expansion der Termineinlagen deutlich abgeschwächt (Abb. 1, Reihe „Zinssätze für öffentliche Anleihen in der BRD“, und Abb. 2, Reihe „Entwicklung der Termingelder“). Umgekehrt wird die Tendenz zum „Parken“ auf Terminkonten verstärkt, wenn mit anziehenden Anleihezinsen das Risiko von Kursverlusten höher eingeschätzt wird, wie es offensichtlich nach der Jahreswende — und vermutlich auch nach der jüngsten Diskonterhöhung — der Fall war.

Die Bundesbank freilich hält das Gewicht dieser „geparkten“ Gelder für gering, denn ihrer Meinung nach ist die Zunahme der Termineinlagen überwiegend zu Lasten der niedrig verzinsten Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und zu Lasten der kaum noch expandierenden unverzinslichen Sichteinlagen gegangen. Tatsächlich jedoch fand eine „geldmengenneutrale“ Umschichtung von Spar- zu Termineinlagen nur vor 1991 statt; in den Jahren 1989 und 1990 blieb die Expansion von Spar- und Termineinlagen zusammen einigermaßen konstant (Abb. 2). Doch nach der Mitte vorigen Jahres haben Spar- und Termineinlagen zusammen stark beschleunigt expandiert⁴. Dies stützt die mit dem inversen Zinsgefälle und der Furcht vor Kursverlusten begründete Vermutung, daß die zusätzliche Geldmenge M_3 hauptsächlich Gelder enthält, die nicht für Ausgaben, sondern letztlich für eine langfristige Bindung vorgesehen sind.

Abb. 2

ENTWICKLUNG¹⁾ VON TERMINGELDERN UND SPAREINLAGEN BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND²⁾



¹⁾ Veränderung der saisonbereinigten Werte in den jeweils letzten sechs Monaten, auf Jahresrate umgerechnet. — ²⁾ Bis Ende 1990 nur Westdeutschland. — ³⁾ Mit Befristung bis unter vier Jahren. — ⁴⁾ Mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

DIW 92

Der Zusammenhang zwischen dem Zinsgefälle und der Expansion einer breit definierten Geldmenge wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung in den USA mit der Entwicklung in Deutschland vergleicht (Abb. 1). In Deutschland trägt das inverse Zinsgefälle dazu bei, daß die Geldmenge M_3 stärker expandiert als die Geldmenge M_1 . In den USA, wo die kurzfristigen Zinsen niedriger sind als die langfristigen, ist es umgekehrt: Die Geldmenge M_1 wächst ungewöhnlich kräftig. Die Geldmenge M_2 — sie ist ähnlich abgegrenzt wie die deutsche Geldmenge M_3 — beginnt dagegen zu stagnieren.

⁴ Die für die Abbildung 2 benutzten Zahlen weichen von jenen Zahlen ab, die in den statistischen Beiheften zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4 „Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen“, veröffentlicht sind. Die von der Bundesbank vorgenommene Bereinigung der Zuwachsraten um statistisch bedingte Änderungen konnte für die Zwecke der Abbildung 2 nicht nachvollzogen werden. So sind vor allem die „Minus-Raten“ bei den Spareinlagen im zweiten Halbjahr 1991 in der Abbildung 2 höher als bei der Bundesbank. Das bedeutet: Nach der Bundesbank-Statistik wäre der von der Bundesbank behauptete „Umschichtungseffekt“ noch geringer als vom DIW errechnet.

Abb. 3

MONETÄRE UND REALE INDIKATOREN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1978 BIS 1983 UND 1989 BIS 1992

PRODUKTION

Verarbeitendes Gewerbe (nur Westdeutschland)



INFLATIONSRATE

Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung (nur Westdeutschland)
—gegenüber entsprechendem Vorjahrswert—

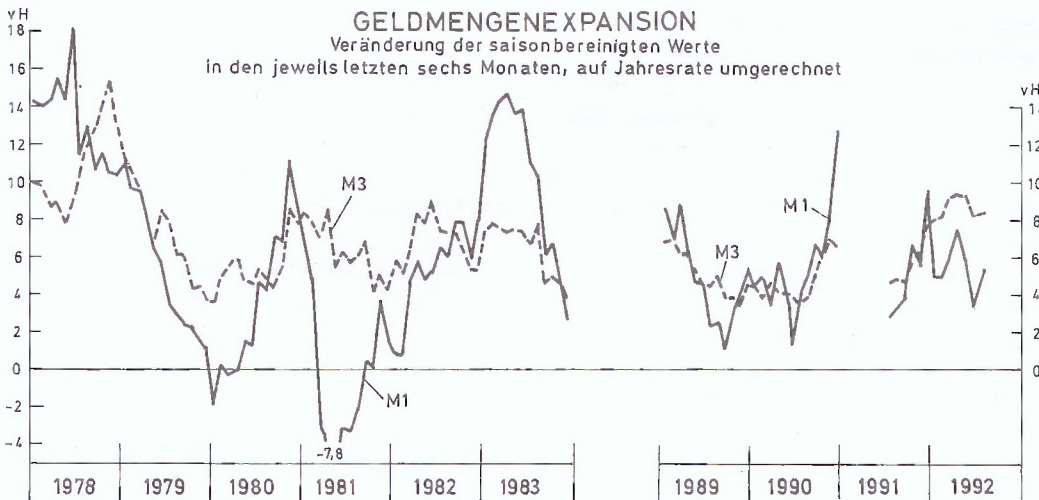


ZINSSÄTZE



GELDMENGENEXPANSION

Veränderung der saisonbereinigten Werte
in den jeweils letzten sechs Monaten, auf Jahresrate umgerechnet



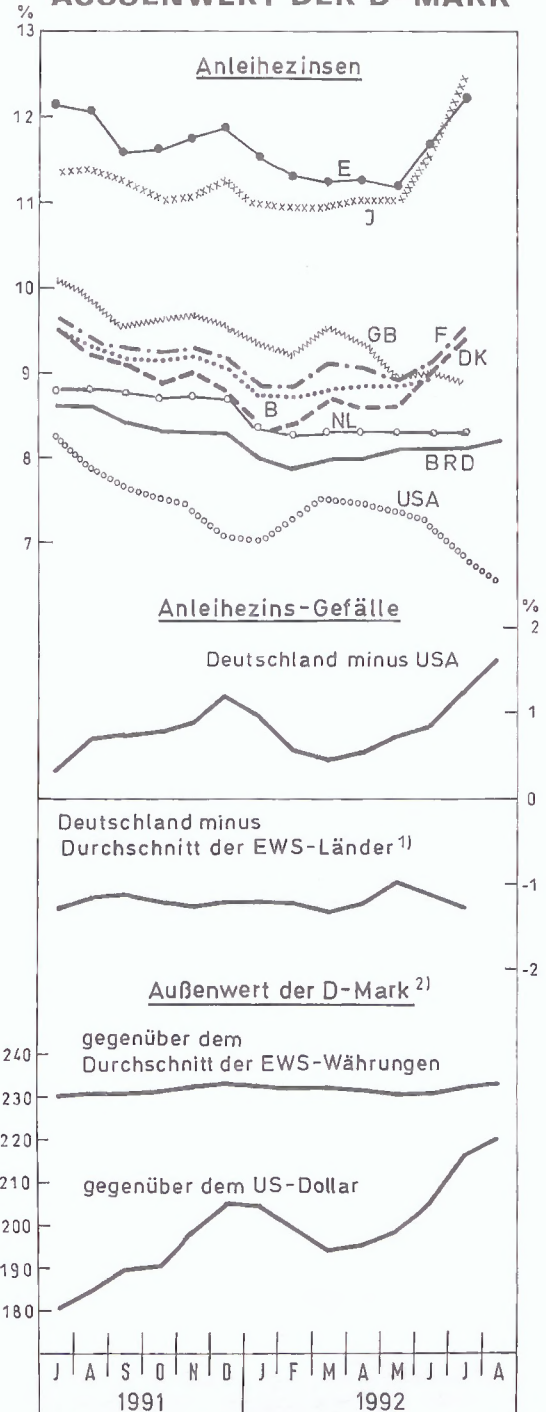
Heißt dies, daß die amerikanische Politik des billigen Geldes kontraktiv wirkt, während die deutsche Politik des teuren Geldes eine expansive Wirkung hat? Oder ist es nicht viel eher angebracht, an der Indikatorqualität der breit abgegrenzten Geldmengen — dazu gehört auch die bis vor wenigen Jahren als Zwischenzielgröße benutzte Zentralbankgeldmenge — zu zweifeln? Vielleicht ist es an der Zeit, sich auf eine monetäre Größe zu besinnen, die von der Bundesbank in den beiden ersten Jahrzehnten nach der Währungsreform von 1948 präferiert wurde: die Geldmenge M_1 , also die Summe von Bargeld und Sichteinlagen!

Die Bundesbank hat die Substitution des Indikators Geldmenge M_1 durch breiter definierte Aggregate zum einen damit begründet, daß neben Bargeld und Sichteinlagen auch das potentielle Ausgabenpotential, nämlich liquide Termin- und Spareinlagen, berücksichtigt werden müßten. Dagegen spricht aber, daß, wie gezeigt, die Abgrenzung zum „echten“ Geldkapital oft große Schwierigkeiten bereitet. Zum anderen wird der Vorzug der breiter definierten Geldmengen darin gesehen, daß diese auf Zinsänderungen bei weitem nicht so stark reagieren und — auch deshalb — nicht so stark schwanken wie die Geldmenge M_1 . Doch gerade das, was als Nachteil der Geldmenge M_1 angesehen wird, nämlich die Zinsempfindlichkeit, ist ökonomisch gesehen ihre Stärke: Es sind die Zinsen, die den Treibriemen bei der Übertragung geldpolitischer Impulse auf die Volkswirtschaft bilden. Immer wieder, mit Ausnahme der Jahre 1990/91, hat sich gezeigt, daß die tendenzielle Änderung der wirtschaftlichen Aktivität durch die tendenzielle Änderung der Expansion der Geldmenge M_1 , zum Beispiel der Inlandsnachfrage oder der Industrieproduktion, zuverlässiger angezeigt wird als durch die tendenzielle Änderung der Expansion der Geldmenge M_3 oder der Zentralbankgeldmenge⁵. Beispielsweise wurde sowohl der Rückgang der Produktion von Anfang 1980 bis Ende 1982 als auch der Wiederanstieg im

Jahre 1983 sehr viel besser von der tendenziellen Bewegung der Veränderungsraten von M_1 als von der tendenziellen Entwicklung von M_3 vorweggenommen (Abb. 3). Während die Geldmenge M_1 schließlich sogar absolut

Abb. 4

ZINSSÄTZE UND AUSSENWERT DER D-MARK



¹⁾ Gewichtet mit langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten von Kreditinstituten und Unternehmen gegenüber dem jeweiligen Land. — ²⁾ Ende 1972=100.

⁵ In dem Zeitraum vom ersten Quartal 1976 bis zum vierten Quartal 1989 ergaben regressionsanalytische Schätzungen des (einfachen) Zusammenhangs zwischen den Wachstumsraten (Vorjahrsvergleich) der realen privaten Ausgaben (Investition und Verbrauch) einerseits und den um ein halbes Jahr vorlaufenden Wachstumsraten der Geldmenge M_1 andererseits ein Bestimmtheitsmaß (R^2) von 0,68; das Bestimmtheitsmaß bei der entsprechenden Schätzung für die Geldmenge M_3 beträgt nur 0,26. Etwas geringer (0,66 und 0,25) sind die Bestimmtheitsmaße, wenn man statt der realen privaten Ausgaben die realen Inlandsausgaben (Bruttosozialprodukt minus Außenbeitrag) als zu „erklärende“ Variable verwendet. In der Phase des vereinigungsbedingten Booms und des strukturellen Anpassungsprozesses im monetären Sektor Ostdeutschlands haben allerdings alle monetären Indikatoren erheblich an Aussagekraft verloren. Vgl. Geldpolitik 1991: Erstmals auf ein gesamtdeutsches Geldmengenziel ausgerichtet. Bearbeiter: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1991. Ferner: Geldpolitik: Sind die Weichen für einen verschärften Restriktionskurs gestellt? Bearbeiter: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/1992.

sank, blieb die Geldmenge M_3 in Reaktion auf die inverse Zinsstruktur ungebrochen stark. Trotz des damit (angeblich) aufgebauten monetären Potentials sank die Inflationsrate innerhalb von zwei Jahren von 7 vH auf 2½ vH.

Lockerung der deutschen Geldpolitik überfällig!

Ende 1974 übernahm die Bundesbank von den Monetaristen das Konzept einer potentialorientierten Geldmengenzpolitik, nicht aber deren Indikator Geldmenge M_1 . Hätte sie das getan, wäre vieles anders, zum Beispiel die Rezession von Anfang 1980 bis Ende 1982 weniger scharf ausgefallen. Und: Mit der Entwicklung der Geldmenge M_1 im bisherigen Verlauf von 1992 hätte die Bundesbank die Verschärfung ihres geldpolitischen Kurses nicht rechtfertigen können.

Die Verschärfung der deutschen Zinspolitik veranlaßt die Partner im Europäischen Währungssystem (EWS) zur Vermeidung von Abwertungen auf binnenwirtschaftlich erwünschte Zinssenkungen zu verzichten. So blieb das Zinsgefälle zwischen dem (höheren) Durchschnitt der Anleihezinsen in den EWS-Ländern und dem deutschen Anleihezins seit mindestens eineinhalb Jahren fast unverändert (Abb. 4). Die deutsche Geldpolitik schwächt aber auch die Effizienz der auf Zinssenkungen gerichteten amerikanischen Geldpolitik. Die Bundesbank und die amerika-

nische Notenbank können zwar mit ihren geldmarktpolitischen Instrumenten (Pensionssatz, Federal funds) die Geldmarktzinsen unmittelbar steuern und somit auch das beachtliche Zinsgefälle auf dem Geldmarkt von über 6% durchsetzen (Abb.1). Anders steht es jedoch mit den im internationalen Verbund stehenden Anleihemärkten. Gewiß: Wegen des floatenden Dollars waren die Änderungen des Zinsgefälles auf diesen Märkten größer als im EWS und schlugen sich nicht nur in auf Zinsanpassung drängenden Kapitalbewegungen, sondern auch in Änderungen des Außenwertes der D-Mark gegenüber dem US-Dollar nieder (Abb. 4), zum Beispiel in den vergangenen Wochen in einem rapiden Verfall des Dollarkurses. Doch alles in allem ist die gegenseitige magnetische Anziehungskraft auf den Anleihemärkten so stark, daß ein stärkeres Abweichen des deutschen Anleihezins nach oben ebenso verhindert wird wie ein stärkeres Abweichen des amerikanischen Anleihezins nach unten.

Zweifelloos sollte man der Bundesbank nicht raten, einen binnenwirtschaftlich richtigen Kurs mit Rücksicht auf das Ausland aufzugeben. Doch wenn — wie jetzt — die Rezessionsgefahr größer und die Inflationsgefahr kleiner wird, sollte die Bundesbank nicht zögern, ihre Zinsen zu senken. Dies würde in Europa den Weg für eine allgemeine Zinssenkungspolitik freigeben und in den USA zu der lange ersehnten Zinssenkung auch auf dem Anleihemarkt führen. Vermutlich würden sich auch die Spannungen auf den Devisenmärkten verringern.

Modellprogramm zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen — positive Erfahrungen mit der beruflichen Wiedereingliederung

Die Bundesregierung fördert im Rahmen eines Modellprogramms Maßnahmen zur Erleichterung der Berufsrückkehr von Frauen nach einer Familienphase durch Zuschüsse für die Einarbeitung und Qualifizierung an Unternehmen. Voraussetzung ist, daß ein festes Beschäftigungsverhältnis abgeschlossen wird. Dieses bis Mitte 1995 laufende Modellprogramm bietet gerade auch kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit, Berufsrückkehrerinnen einzustellen.

Die Erfahrungen der am Programm bisher beteiligten Betriebe und Arbeitnehmerinnen sind überwiegend positiv. Die bereitgestellten Fördermittel sind zur Zeit bei weitem noch nicht ausgeschöpft, so daß sich weitere Arbeitgeber und Berufsrückkehrerinnen daran beteiligen können. Dem Modellprogramm wird auch deshalb künftig mehr Bedeutung zukommen, weil bedauerlicherweise die Förderung von Einarbeitungsmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes, die für die Wiedereingliederung von Berufsrückkehrerinnen ebenfalls wichtig sind, durch die 10. Novelle eingeschränkt werden soll.

Rund zwei Millionen Frauen in den alten Bundesländern wollen in den nächsten Jahren nach einer Phase der Familientätigkeit wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren. Diese Frauen sind zumeist unter 40 Jahre alt und haben überwiegend ein oder zwei Kinder. Die Kinder sind meistens in einem Alter, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Die Frauen sind gut ausgebildet: 64 vH haben eine abgeschlossene Lehre, 14 vH einen darüber hinausgehenden Berufsabschluß¹. Die Schwierigkeit bei der beruflichen Wiedereingliederung liegt häufig in der Weiterentwicklung technischer Arbeitsmittel. Bei längerer Unterbrechung haben sich dann meist auch die inhaltlichen Anforderungen verändert, und wegen der fehlenden Praxis wurde vieles verlernt. Hier haben bislang Maßnahmen wie Orientierungskurse, die Förderung von Umschulungen und Einarbeitungszuschüsse einen beruflichen Neu- bzw. Wiedereinstieg erleichtert. Sie können bisher noch im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) gefördert werden. Die 10. Novelle zum AFG sieht u.a. eine Einschränkung dieser Hilfen vor. Die Förderung nach dem AFG ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, so müssen die zu fördernden Frauen arbeitslos gemeldet sein und eine berufliche Tätigkeit von mindestens sechs Monaten innerhalb bestimmter Rahmenfristen nachweisen. Häufig wenden sich Frauen, die nach einer längeren Familienphase wieder in die Berufstätigkeit zurückkehren wollen, nicht an das Arbeitsamt. Das Modellprogramm des BMFJ verzichtet auf diese Voraussetzungen und eröffnet so bessere Möglichkeiten, die Zielgruppe zu erreichen. Zudem sollen mit Unterstützung dieses Programms Konzepte für Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, mit denen Frauen nach der Familienphase besser als bisher wieder eingearbeitet werden können.

Das Modellprogramm des BMFJ zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase in das Erwerbsleben

Im Januar 1990 hat das Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ)² das „Modellprogramm zur Wieder-

eingliederung von Frauen nach der Familienphase in das Erwerbsleben mit Hilfe von Einarbeitungsmaßnahmen und unter Berücksichtigung des ländlichen Raumes“ gestartet. Dieses bis 1995 laufende Modellprogramm zielt darauf ab, Frauen nach einer Zeit der Familientätigkeit durch adäquate Einarbeitungsmaßnahmen den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern oder zu ermöglichen.

Auf der Grundlage des erlernten Berufs sollen Qualifikationsdefizite ausgeglichen werden, die durch neue Arbeitsmittel, veränderte Berufsbilder und Verlernen bedingt sind. Da es um Einarbeitung, nicht um Fortbildung oder Umschulung geht, bleiben die Frauen meist in ihren erlernten oder ähnlichen Berufen; als Schwerpunkte wurden zwei Berufsbereiche ausgewählt, in denen traditionell besonders viele Frauen arbeiten: die sozial- und gesundheitspflegerischen Berufe sowie die kaufmännischen und Verwaltungsberufe.

Gefördert werden Frauen — bevorzugt mittleren Alters —, die wegen der Kindererziehung oder aus anderen familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben und im Rahmen einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung in ihren Beruf zurückkehren wollen. Die Einarbeitung soll in der Regel sechs Monate dauern (Minimum ein Monat, Maximum 12 Monate).

Für das Modellprogramm stehen insgesamt 25 Mill. DM bereit. Arbeitgeber, die sich daran beteiligen, indem sie Berufsrückkehrerinnen unbefristet und sozialversicherungsrechtlich voll abgesichert einstellen, können 1 500,— DM monatlich bei Vollzeitbeschäftigung (bei Teilzeitbeschäftigung anteilig) als Einarbeitungszuschuß erhalten.

Zusätzlich zu diesen Einarbeitungszuschüssen an Arbeitgeber können auch Verwaltungskostenzuschüsse an Modellträger (z.B. Weiterbildungsträger, Kammern) ge-

¹ Vgl. Ungenutzte Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen. Bearb.: Friederike Behringer und Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/92, S. 397 ff.

² Seinerzeit: Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

währt werden, die im Rahmen des Modellprogramms Koordinierungsaufgaben wahrnehmen und/oder Qualifizierungsmaßnahmen durchführen. Dieser Zuschuß beträgt bei Vollzeitbeschäftigung maximal insgesamt 2 100,— DM, bei Teilzeitbeschäftigung entsprechend weniger³.

Mittlerweile ist fast die Hälfte der vorgesehenen Laufzeit des Modellprogramms erreicht. Das Modellprogramm ist jedoch von der Wirtschaft bislang noch nicht in dem Maße angenommen worden, daß die bereitgestellten Fördermittel bereits ausgeschöpft wären. Die Laufzeit des Modellprogramms bis 1995 ermöglicht die Beteiligung weiterer Arbeitgeber und Berufsrückkehrerinnen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat für den Bereich der kaufmännischen und Verwaltungsberufe und für den gewerblich-technischen Bereich die wissenschaftliche Begleitung übernommen⁴. Ziel ist es dabei, den Verlauf des Modellprogramms zu analysieren und Hinweise zur konzeptionellen Weiterentwicklung abzuleiten sowie Vorschläge zu machen, wie die Erfahrungen aus den Modellversuchen auch von anderen Arbeitgebern verwertet werden können.

Über die Ergebnisse der ersten und der zweiten Befragung der Berufsrückkehrerinnen und ihrer Arbeitgeber sowie der Analyse der Einarbeitungsmaßnahmen im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durch das DIW wird im folgenden berichtet⁵.

Beteiligte Berufsrückkehrerinnen und Betriebe

Fast alle am Programm teilnehmenden Frauen sind Mütter: gut ein Viertel hat ein Kind, mehr als die Hälfte zwei Kinder, Frauen mit mehreren Kindern sind selten. Meistens war der *Wunsch*, die Kinder selbst zu betreuen, ausschlaggebend für die Unterbrechung der Berufstätigkeit. Die offenbar mehr familien- als berufsorientierte Einstellung der Frauen dürfte auch dazu geführt haben, daß sie vergleichsweise spät in den Beruf zurückgekehrt sind. Nur wenige Mütter haben bereits mit den Einarbeitungsmaßnahmen begonnen, als das jüngste Kind drei Jahre alt oder jünger war, meistens — das ist bei fast zwei Dritteln dieser Frauen der Fall — ist das Kind bereits 10 Jahre alt oder älter, fast jede dritte Mutter hat sogar erst mit der Einarbeitungsmaßnahme begonnen, als das jüngste Kind ein Alter von 15 und mehr Jahren erreicht hatte. Dementsprechend sind die Teilnehmerinnen bei der Berufsrückkehr überwiegend (zu 60 vH) im mittleren Alter von 35 bis 44 Jahren oder — 15 vH — älter. Im allgemeinen kehren Mütter heute früher in den Beruf zurück⁶. Das Modellprogramm will hingegen gerade die Frauen fördern, die nach längeren Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit besondere Schwierigkeiten mit der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt haben.

Die berufliche Qualifikation der geförderten Berufsrückkehrerinnen ist gut: zwei Drittel haben eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, ein Siebtel hat eine berufliche Schule (z.B.

Handelsschule, Berufsfachschule) absolviert. Sie verfügen damit häufiger als die (gleichaltrigen) Frauen im Bundesdurchschnitt insgesamt⁷ über eine berufliche Qualifikation; zugleich sind aber Frauen mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium unterrepräsentiert. Dem Programm entsprechend werden überwiegend Frauen gefördert, die in ihren erlernten oder einen eng verwandten Beruf zurückkehren wollen.

Unter den am Modellprogramm beteiligten Betrieben überwiegen diejenigen aus dem Dienstleistungsbereich mit einer vergleichsweise hohen Frauenbeschäftigung (70 vH); der Anteil der Betriebe aus dem verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe beträgt bisher lediglich 29 vH. Die beteiligten Betriebe beschäftigten 1990 im Durchschnitt 78 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Über die Hälfte der Betriebe hatte 1990 weniger als 20 Beschäftigte, Großbetriebe sind kaum vertreten. Der Anteil der Frauen an der Beschäftigtenzahl in diesen Unternehmen beträgt im Durchschnitt 48 vH. Er liegt damit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Besonders hoch ist dieser Frauenanteil in den Kleinbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten. Hierbei handelt es sich um Dienstleistungsbetriebe im engeren Sinne, in denen traditionell die Frauenbeschäftigung hoch ist.

Die Einarbeitungsmaßnahmen

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist eines der Ziele des Modellprogramms. Deshalb können auch Einarbeitungsmaßnahmen in Teilzeitform gefördert werden. Dies wird rege genutzt: 60 vH der bisher geförderten Berufsrückkehrerinnen werden in Teilzeit eingearbeitet.

³ Vgl. Bundesminister für Frauen und Jugend: Richtlinien des Bundesministers für Frauen und Jugend für die Vergabe von Einarbeitungszuschüssen zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben nach der Familienphase (Einarbeitungszuschüsse zur Wiedereingliederung von Frauen — RL EZ/WI) vom 26.09.1989 in der geänderten Fassung vom 01.11.1990.

⁴ Die wissenschaftliche Begleitung für den Bereich der gesundheitspflegerischen Berufe wurde dem Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB), Köln und Leipzig, übertragen.

⁵ Stand der Auswertungen der Fragebögen ist der 30.04.1992. Es konnten für die Erstbefragung Fragebögen von 98 Frauen und 87 Betrieben, für die Zweitbefragung Fragebögen von 68 Frauen und 59 Betrieben ausgewertet werden. Zusätzlich wurden die Antragsunterlagen der 112 Maßnahmen ausgewertet, die vor April 1992 begonnen wurden. Die Ergebnisse sind als Zwischenergebnisse zu interpretieren, weil durch noch im Feld befindliche Fragebögen und zukünftige Fördermaßnahmen Verschiebungen der Antwortstrukturen auftreten können; darüber hinaus ist in Teilbereichen die Datenprüfung noch nicht abgeschlossen.

⁶ Vgl.: Unterbrochene Erwerbsverläufe von Frauen mit Kindern. Bearb.: Ellen Kirner und Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/92, S. 249 ff.

⁷ Vergleich mit den Ergebnissen des Mikrozensus 1989.

Die Vereinbarkeit einer Erwerbstätigkeit oder beruflichen Qualifizierungsmaßnahme mit den familiären Aufgaben hängt auch von einem ausreichenden Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten ab. Keiner der beteiligten Arbeitgeber bietet bislang Kinderbetreuungsmöglichkeiten in einem Betriebskindergarten oder durch Belegungsrechte in anderen Kindergärten an. Viele Arbeitgeber verweisen darauf, daß die Organisation der Kinderbetreuung Aufgabe der Mütter sei; fast ein Viertel der am Modellprogramm beteiligten Arbeitgeber tritt sogar für die Nichterwerbstätigkeit von Müttern kleiner Kinder ein. Die Antworten deuten auch darauf hin, daß bereits die Kriterien für die Personaleinstellung, die ein Teil der Arbeitgeber anlegt, die Rückkehr von Frauen mit kleinen Kindern in das Berufsleben erschweren.

Die bisherigen Maßnahmen zeigen ein breites Spektrum der Einarbeitungsinhalte. Dies läßt sich am besten durch eine typisierende Beschreibung veranschaulichen.

Das *Niveau* der Qualifizierung in den Einarbeitungsmaßnahmen ist sehr unterschiedlich:

- Mehr als die Hälfte der Einarbeitungsmaßnahmen entspricht dem Niveau anerkannter Ausbildungsberufe. Vorwiegend sollen früher erworbene Kenntnisse aufgefrischt und die Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die Ausübung des früheren Berufs erforderlich geworden sind, vermittelt werden. Dabei handelt es sich meist um die Handhabung neuer Geräte, aber auch um Kenntnisse und Fertigkeiten, die aufgrund neuer Gesetze, Verordnungen oder sonstiger Veränderungen notwendig geworden sind.
- Etwa jede sechste Einarbeitungsmaßnahme beschränkt sich auf die Vermittlung von Qualifikationen, die nach den bisher vorliegenden Informationen deutlich unterhalb des für ausgebildete Fachkräfte erforderlichen Niveaus liegen; die Einarbeitung besteht dann im wesentlichen darin, sich mit der Handhabung von Geräten vertraut zu machen.
- Bei einem ebenso großen Teil der Einarbeitungsmaßnahmen (17 vH) ist die Qualifizierung der Berufsrückkehrerinnen auf eine Ebene oberhalb der ausgebildeten Fachkräfte vorgesehen.

Die *Breite* der Qualifizierung variiert ebenfalls. Dazu gehört die Möglichkeit des Erwerbs fachübergreifender Qualifikationen, die bei vier Fünfteln der bisherigen Einarbeitungsmaßnahmen gegeben ist. Etwa zwei Drittel der Berufsrückkehrerinnen werden mit EDV vertraut gemacht, 16 vH sollen Führungskompetenzen (z.B. Mitarbeiter- und Unternehmensführung) erwerben.

Nach dem Grad der Übereinstimmung von Ausbildungsinhalten in der Erstausbildung und typischen Tätigkeiten in den Einarbeitungsberufen⁸ läßt sich beurteilen, in welchem Umfang die Berufsrückkehrerinnen ihre früher erworbenen fachlichen Qualifikationen einbringen können. Von den bisher geförderten Frauen wird fast ein Drittel im erlernten Beruf eingearbeitet, fast ebenso groß ist der An-

teil derjenigen, die in einem eng verwandten Beruf eingearbeitet werden. Ein knappes Viertel hat jedoch keine einschlägige oder verwandte Ausbildung abgeschlossen, z.T. auch keine Ausbildung begonnen. Gerade wegen des hohen Anteils der Berufsrückkehrerinnen, die in ihren erlernten oder einen eng verwandten Beruf eingearbeitet werden (zusammen 60 vH), ergibt sich bei dem traditionellen Berufswahlspektrum von Frauen eine Konzentration der Einarbeitungsmaßnahmen auf wenige Berufe.

Die Richtlinien schließen jedoch einen Berufswechsel der Berufsrückkehrerinnen und die Einarbeitung von Frauen, die keinen Beruf erlernt haben, nicht aus. Gerade diese Frauen dürften in besonderer Weise auf Hilfe angewiesen sein. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, daß der Berufswechsel für Berufsrückkehrerinnen mit einem erheblichen Risiko der Dequalifizierung (Ausübung von Tätigkeiten mit geringen fachlichen Anforderungen) verbunden ist.

Beurteilung der Einarbeitungsmaßnahmen

Die meisten Berufsrückkehrerinnen sind mit der Einarbeitung recht zufrieden: 26 vH waren „voll und ganz“, weitere 46 vH „im großen und ganzen“ zufrieden. Viele Frauen halten es für erforderlich, daß die praktische Einarbeitung am Arbeitsplatz durch externe Kurse, Seminare oder ähnliches ergänzt wird. Die Berufsrückkehrerinnen, die an solchen externen Weiterbildungsangeboten teilnahmen, haben sich überwiegend positiv geäußert. Sie gaben an, daß ihr fachliches Wissen auf den neusten Stand gebracht worden sei, und wurden pädagogisch offenbar gut betreut.

Aus der Sicht der Teilnehmerinnen gehören eine gute Einarbeitung, ein gutes Betriebsklima und die Bezahlung schon während der Einarbeitungszeit zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine gelungene Wiedereingliederungsmaßnahme. Diese Voraussetzungen werden weit häufiger genannt als etwa Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies überrascht nicht, denn die meisten Teilnehmerinnen haben nicht mehr für kleine Kinder zu sorgen. In der Rangfolge der Voraussetzungen stehen auch Teilzeitarbeit und familienfreundliche Arbeitszeiten ganz oben, ebenso ein unbefristeter Arbeitsvertrag von Anfang an. Die Einarbeitung in einer Gruppe von Frauen wurde relativ selten genannt.

Die meisten Arbeitgeber waren mit der Einarbeitung zumindest im großen und ganzen zufrieden. Viele von ihnen sahen nach ihren jetzigen Erfahrungen keinen Anlaß, die Einarbeitungsmaßnahme inhaltlich zu verändern und/oder anders zu organisieren. Die übrigen, die eine Änderung in Erwägung zogen, würden für die nächste Einarbeitung

⁸ Die Einstufung erfolgte vor allem auf der Grundlage der von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen berufskundlichen Informationen; vgl. insbesondere „Grundwerk ausbildungs- und berufskundlicher Informationen“ sowie „Blätter zur Berufskunde“.

mehr Zeit ansetzen, die externe Qualifizierung vorzugsweise als Blockveranstaltung vor der betrieblichen Einarbeitung ansetzen und/oder mehr Kenntnisse vermitteln, die über das engere Arbeitsgebiet hinausgehen.

Aus der Sicht der Arbeitgeber haben sich externe Kurse oder spezielle Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Einarbeitung bewährt. Zumeist war die externe Qualifizierung recht gut auf die betrieblichen Belange abgestellt. Nur in einigen Fällen wurde diese als „zu theoretisch und/oder kaum auf die betrieblichen Anforderungen ausgerichtet“ bezeichnet. In über der Hälfte der Fälle konnte sich die betriebliche Einarbeitung auf die direkte Einweisung am Arbeitsplatz beschränken.

Die Arbeitgeber wurden auch danach gefragt, worin sie die Unterschiede zur sonst üblichen Einarbeitung neuer Mitarbeiter sähen. Die Einschätzungen darüber, ob die Einarbeitung von Berufsrückkehrerinnen mehr oder weniger Zeit erfordert, halten sich die Waage: „Die Einarbeitung erforderte mehr Zeit, weil die Berufsrückkehrerinnen lange nicht im Beruf waren“, wurde fast ebenso häufig (rd. 40 vH der Antworten) genannt wie „Die Einarbeitung ging schneller, weil die Motivation der Berufsrückkehrerinnen sehr groß war“. Aus der Sicht der Betriebe müssen bei der Einarbeitung von Berufsrückkehrerinnen lediglich in jedem dritten Fall mehr Kenntnisse vermittelt werden als sonst üblich.

Aussagen der Berufsrückkehrerinnen zum Erfolg der Maßnahmen

Aus der Sicht der Berufsrückkehrerinnen ist die Wiedereingliederung „gelingen“, wenn die Einarbeitung nicht abgebrochen wurde (es sei denn, dies geschieht angesichts anderweitig besserer beruflicher Perspektiven), sie am Arbeitsplatz ihrer Qualifikation und Einarbeitung entsprechend eingesetzt werden und (voll) mit ihrer beruflichen Situation zufrieden sind sowie Familie und Erwerbstätigkeit sich miteinander vereinbaren lassen.

Für einen Teil der am Modellprogramm teilnehmenden Frauen können aus den Ergebnissen der Zweitebefragung, die etwa vier Wochen nach Abschluß der Einarbeitungsphase durchgeführt wurde, erste Aussagen zu der in kurzfristiger Sicht gelungenen Wiedereingliederung gemacht werden. Eine Beurteilung der in längerfristiger Perspektive gelungenen Integration ist hingegen erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Danach befragt, ob die jetzigen Tätigkeiten ihren beruflichen Vorstellungen entsprechen, antworteten 53 vH der Frauen „ja, voll und ganz“, weitere 9 vH „teils/teils“. Die eher unzufriedenen Frauen wünschten sich überwiegend anspruchsvollere und/oder abwechslungsreichere Tätigkeiten. Auch der Wunsch nach mehr Verantwortung war recht ausgeprägt. Dennoch arbeiten 84 vH gern im Einarbeitungsberuf. Vermutlich haben sich etliche Frauen gut an die neue berufliche Situation angepaßt, obwohl sie ihren ursprünglichen Zielen nicht entspricht, oder die Berufs-

rückkehrerinnen arbeiten zwar gern im Einarbeitungsberuf, sie schätzen aber die ihnen zugewiesenen Tätigkeiten nicht so. Insgesamt zeigt sich ein recht positives Bild in der Beurteilung der Arbeit.

Da der Wunsch nach sozialen Kontakten, die eine Berufstätigkeit in der Regel mit sich bringt, ein wichtiges Motiv für die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit ist, kommt den Urteilen der Berufsrückkehrerinnen über ihr Verhältnis zu Kollegen und Vorgesetzten eine besondere Bedeutung zu. Die Teilnehmerinnen kommen meistens gut mit den anderen aus, sie werden von den Vorgesetzten und von den übrigen Mitarbeitern oder Mitarbeiterinnen in der überwiegenden Zahl der Fälle unterstützt und als vollwertige Arbeitskraft anerkannt. Mehr als die Hälfte der Frauen bezeichnet den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen als einen der wichtigsten Vorzüge der Berufstätigkeit.

Wie gelingt es den Frauen, die Berufstätigkeit mit dem Privatleben in Einklang zu bringen? Meistens sind sowohl die (Ehe-)Partner als auch die Kinder mit der Berufstätigkeit der bisherigen „Familienfrau“ zumindest einverstanden. In einigen Fällen ist die Einstellung der Partner oder der Kinder nach dem Urteil der Frauen nach ihrem beruflichen Wiedereinstieg etwas negativer geworden. Aber es gibt auch — wenngleich seltener — Beispiele eines Wandels zu positiveren Einschätzungen. Mit der Arbeitsteilung in der Familie war mehr als die Hälfte der Frauen „im großen und ganzen“ zufrieden.

Urteile der Arbeitgeber vorwiegend positiv

Aus der Sicht der Betriebe ist eine Wiedereingliederung der Berufsrückkehrerinnen gelungen, wenn sie mit der Arbeitsleistung der Frauen zufrieden sind, diese sich in den Betrieb gut eingefügt haben und sich die „Investitionen in die Berufsrückkehrerinnen“ gelohnt haben, das heißt, daß die Frauen auch längerfristig dem Betrieb als Mitarbeiterinnen erhalten bleiben. Die Integration der Berufsrückkehrerinnen kann zwar erst beurteilt werden, wenn sie einige Zeit im Betrieb gearbeitet haben, erste Tendenzen zeigen sich jedoch bereits nach der Einarbeitungsphase.

Über 40 vH der Arbeitgeber waren mit der Arbeitsleistung ihrer neuen Mitarbeiterin — nachdem die Einarbeitungsmaßnahme abgeschlossen war — „voll und ganz“ zufrieden. Weitere gut 40 vH waren „im großen und ganzen“ zufrieden. Die „eher unzufriedenen“ Arbeitgeber gaben an, daß die Berufsrückkehrerinnen Anlaufschwierigkeiten hatten, die aufgrund recht großer Wissenslücken teilweise sogar erheblich waren. Aber auch einige „zufriedene“ Teilnehmer nannten erhebliche Schwierigkeiten. Ansonsten wurde jedoch erwartungsgemäß von den Arbeitgebern, die zumindest im großen und ganzen mit der Arbeitsleistung ihrer neuen Mitarbeiterin zufrieden waren, in rund zwei Dritteln der Fälle angegeben, daß die Berufsrückkehrerin keine besonderen Schwierigkeiten während der Einarbeitung hatte, weitere gut 20 vH nannten lediglich Anlaufschwierigkeiten.

In über der Hälfte der Fälle erwarten die Arbeitgeber, daß ihre neuen Mitarbeiterinnen die gleichen Leistungen erbringen wie die übrigen Beschäftigten. In jedem fünften Fall erwarten die Betriebe sogar, daß die Frauen aufgrund der gezielten Einarbeitung höhere Leistungen erbringen als andere. Für fast ebenso viele Frauen sei jedoch noch einige Zeit Unterstützung notwendig, bevor sie die gleichen Leistungen wie die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen können.

Ein gutes Drittel der beteiligten Arbeitgeber hatte bereits vor der Teilnahme am Modellprogramm Erfahrungen mit der Wiedereingliederung von Berufsrückkehrerinnen. Erwartungsgemäß bewertete die Mehrzahl die Erfahrungen als sehr gut oder gut.

Danach gefragt, welche besonderen Vorteile im allgemeinen mit der Einstellung von Berufsrückkehrerinnen verbunden sind, wurde von den Teilnehmern des Modellprogramms am häufigsten genannt, daß diese Frauen im Vergleich zu anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärker motiviert seien. Am zweithäufigsten wurde genannt, daß Berufsrückkehrerinnen durch ihr Verhalten zum guten Betriebsklima beitragen, gefolgt von der Einschätzung, daß sie nicht so häufig den Arbeitsplatz wechseln. Lediglich rund 10 vH der Befragten meinten, daß die Einstellung von Berufsrückkehrerinnen im allgemeinen keine besonderen Vorteile mit sich bringt.

Auf die Frage „Welche besonderen Probleme sind mit der Einstellung von Berufsrückkehrerinnen verbunden?“ wurde am häufigsten geantwortet, es gäbe keine besonderen Probleme (70 vH). Über die Hälfte der Arbeitgeber nannte allerdings als — meistens nicht ausschlaggebendes — Problem, daß die Frauen zumeist nur vormittags arbeiten wollen. Rund die Hälfte der Unternehmen sahen es auch als im allgemeinen problematisch an, daß Berufsrückkehrerinnen wegen ihrer familiären Belastungen kaum

Überstunden machen können. Dennoch würden sich fast alle wieder für eine Berufsrückkehrerin entscheiden.

Fazit

Frauen, die nach einer familienbedingten Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wieder in den Beruf zurückkehren, bilden heute einen qualitativ und quantitativ wichtigen Bestandteil des Arbeitskräfteangebots. Aber noch immer gibt es Hemmnisse, die ihre Wiedereingliederung in den Erwerbsprozeß erschweren. Vor diesem Hintergrund erscheinen die geplanten Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), nach denen die nach dem AFG bisher möglichen Hilfen für die Berufsrückkehr eingeschränkt werden sollen, besonders problematisch. Denn sie würden die Erwerbschancen von Frauen nach einer Familienphase wieder verschlechtern. Eine konsequente Gleichstellungspolitik erfordert aber, die Anstrengungen zur Wiedereingliederung von Frauen zu verstärken. Hierfür sind die Maßnahmen, die von der Bundesregierung im Rahmen des Modellprogramms zur Wiedereingliederung gefördert werden, durchaus zielgerecht.

Die Zwischenbilanz des Modellprogramms fällt überwiegend positiv aus: Berufsrückkehrerinnen und Arbeitgeber sind zumeist mit Verlauf und Erfolg der Einarbeitungsmaßnahme zufrieden. Umso bedauerlicher ist es, daß das Modellprogramm bislang zurückhaltend angenommen wurde. Es ist zu hoffen, daß durch das Bekanntwerden der positiven Erfahrungen mit dem Programm seine Beachtung in der Öffentlichkeit steigt und Arbeitgeber mehr und mehr ihre Vorbehalte gegen die Einarbeitung von Frauen nach einer Familienphase aufgeben. Berufsrückkehrerinnen sind qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen, die bei der Personalplanung verstärkt berücksichtigt werden sollten.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 61. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1-2/1991. 114 S. DM 79,60

Kommunale Finanzen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*.

Wirkungen des Einsatzes von Telekommunikationstechniken auf Unternehmensorganisation und Wettbewerbsstrategien — *Forschungsergebnisse und Forschungsfragen*. Von *Brigitte Preißl*.

Die Arbeitsmarkterwartungen in der DDR kurz vor der Währungsunion. Von *Michael Lechner*, *Friedhelm Pfeiffer* und *Gert Wagner*.

Eine konsistente Haushalts- und Personengewichtung für die DDR-Basisbefragung des SOEP und für die Ost-Pilotstudie des Wohlfahrtssurveys. Von *Rainer Pischner*.

Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungsbereichs in ostdeutschen Städten — *Das Beispiel Brandenburg*. Von *Martin Gornig*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 3-4/1991. 115 S. DM 89,60

Multinational Macroeconomic Model Comparison.

Consumption and Models of the World Economy. By *Ray Barrell* and *Jan W. In't Veld*.

Price Systems in 5 European Multinational Models. By *Jérôme Henry*.

Wage Formation in Europe — Comparison of Modelling Strategies. By *Gustav A. Horn*.

Trade Equations. By *John D. Whitley*.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1990. Von der Projektgruppe „*Das Sozio-oekonomische Panel*“.

The Decline of Greek Industrial Growth, 1963-1983. By *George C. Petrakos* and *Spyros E. Zikos*.

Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Geld- und Kreditexpansion gegenwärtig kein Inflationssignal. Bearbeitet von Reinhard Pohl. —
Modellprogramm zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen — positive Erfahrungen mit der beruflichen Wiedereingliederung.*

Bearbeitet von Friederike Behringer, Ellen Kirner und Erika Schulz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandspesen